

Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

200 Jahre Französische Revolution
in Deutschland

Ausstellung im
Germanischen Nationalmuseum
24. 6. – 1. 10. 1989

Aufbruch in die Moderne

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands blieben von den vielschichtigen Modernisierungsvorgängen, die mit der Französischen Revolution einhergingen, nicht unberührt. Die französische Besetzung und Annexion des linksrheinischen Deutschland, die Auflösung des Alten Reiches durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und die Politik Napoleons schufen die Voraussetzungen für eine umfassende, alle Gesellschaftsbereiche berührende Umstrukturierung. Anhand der Leitbegriffe Säkularisation/Säkularisierung, Modernisierung, Emanzipation und Öffentlichkeit will die Ausstellung beispielhaft die Mobilisierung gesellschaftlicher und individueller Strukturen in den Jahren um 1800 veranschaulichen.

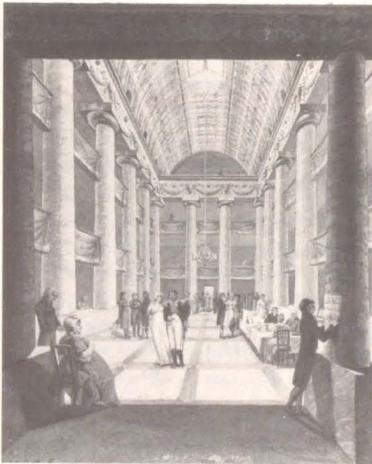
Durch die Abschaffung der Adelsprivilegien und die Säkularisation, die Aufhebung von Kirchen und Klöstern und des kirchlichen Grundbesitzes im Linksrheinischen und in den Rheinbundstaaten, verlor der Klerus seine weltliche Macht. Kirchen und Klöster wurden in Fabriken, Schulen, Amtsgebäude und kulturelle Einrichtungen umgewandelt. Das abgebildete Aquarell zeigt den Speisesaal eines Hotels in Baden-Baden, der unter architektonischer Leitung von Friedrich Weinbrenner im Kreuzgang eines säkularisierten Kapuzinerklosters eingerichtet wurde. Unternehmerisches Interesse und gesellschaftliches Vergnügen verdrängten ehemals klösterliches Leben. Diese Umnutzung und auch die Neubewertung mittelalterlicher Kirchenschätze, die nun teilweise musealisiert wurden, als bedeutende Kunstdenkmäler, waren auch Ausdruck eines umfassenden geistigen Säkularisierungsprozesses.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Zünfte, die Einführung der Gewerbefreiheit und des Code Civil leiteten einen wirtschaftlichen und rechtlichen Wandel ein, der jedoch sektoral und regional unterschiedlich verlief. Zusammen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, den Reformen des Verwaltungs- und Steuerwesens legten sie zumindest in den Rheinbundstaaten und im linksrheinischen Deutschland

die Grundlagen für eine umfassende Modernisierung.

Lösten diese Veränderungen einerseits auch mentale Krisen aus, so eröffneten sie andererseits Möglichkeiten der Emanzipation bisher benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Nach dem Vorbild der französischen Gesetzgebung wurde der Emanzipationsprozeß der Juden eingeleitet. Die Einführung der Zivilhehe befreite das Verhältnis der Geschlechter zumindest im rechtlichen Bereich von den moralischen Maximen der Kirche. Die engagierte Pariser Frauenbewegung der Revolutionsjahre förderte die Diskussion über das Rollenverständnis der Frau in der Familie, aber auch in der Öffentlichkeit, der im politischen Diskurs eine immer größere Bedeutung zukam.

Die Französische Revolution entfaltete in Deutschland eine bedeutende Schubkraft für neue Formen bürgerlicher Öffentlichkeit.



J. S. Schaffroth, *Der Speisesaal des Hotels „Badischer Hof“ in Baden-Baden. 1810, Aquarell. Karlsruhe, Stadtarchiv*

Schon im 18. Jahrhundert hatten sich Bürger in aufklärerischen Gesellschaften zusammengefunden. Nun beanspruchte das Bürgertum, das sich als Öffentlichkeit gegenüber der geheimen Kabinettpolitik der Fürsten verstand, auch ein Mitspracherecht in den Staatsangelegenheiten.

Beliebter Treffpunkt der öffentlichen Meinungsbildung war das Caféhaus, in dem Zeitungen auslagen oder Lesegesellschaften Räume gemietet hatten. Während hier das gehobene Bürgertum möglichst unter sich blieb, wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts das Wirtshaus zum Ort der politischen Diskussion auch für Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, zum Versammlungslokal der entstehenden Arbeiterbewegung. Café und Wirtshaus waren Schauplätze des öffentlichen Lebens, auf denen sich die öffentliche Meinung vor allem in der Publizistik artikulierten. Andere Formen waren das politische Fest und der Verein als Vorläufer von Parteien.

Die zahlreichen oppositionellen Flugschriften, Broschüren und Zeitungen des Vormärz verfolgten das Ziel der staatsbürgerlichen Aufklärung über die Grundrechte. Sie vertraten damit die Interessen des Bürgertums. Zwei Ausnahmen, der „hessische Landbote“ von Georg Büchner (1834) und die „Neue Rheinische Zeitung“ von Karl Marx (1848) formulierten die sozialrevolutionären Ziele der unteren Schichten.

Die gesamte vormärzliche Publizität war durch Zensurmaßnahmen erheblich behindert. Daher nutzte die liberale Opposition auch die Form des politischen Volksfestes, um unter dem Deckmantel der Geselligkeit in Reden, Liedern und Symbolen politische Inhalte zu vermitteln. Das größte dieser Feste war mit etwa 20000 Teilnehmern das Hambacher Fest von 1832.

Um freilich der öffentlichen Meinung einen größeren Nachdruck zu verleihen, wurde die Organisation in quasi politischen Vereinen angestrebt. Am umfassendsten gelang dies dem Deutschen Preßverein 1832 mit mehr als 5000 Mitgliedern. Doch war den vormärzlichen Vereinsgründungen schon durch die obrigkeitlichen Verbote keine lange Lebensdauer und Wirksamkeit beschieden. Erst infolge der Revolution von 1848 bildeten sich Wahlvereine der verschiedenen politischen Richtungen, aus denen die Parteien der Arbeiterbewegung und des Bürgertums mittelbar hervorgingen.

Cornelia Foerster
Klaus-D. Pohl